

Helmut Bock

## **Die Russische Revolution Historisch-kritische Reflexionen – 85 Jahre danach (Thesen)<sup>1</sup>**

Am Anfang war ein *Weltkrieg*, von dem die Zeitgenossen nicht wußten, daß er wenig später der *Erste* genannt würde. Er war das Furchtbarste, was Menschen seit Menschengedenken erfahren hatten: blutige Massenszenen der Generaloffensiven, verheerende Trommelfeuer der Materialschlachten, millionenfaches Morden und Sterben unter dem Wechselgeschrei allseits behaupteter „Vaterlandsverteidigung“. Überdies neueste Waffen von schlimmer Vorbedeutung. Giftgas, Tanks, Luftkampf, U-Bootkrieg. Der Sinn menschlichen Lebens und Schaffens war in den Widersinn endloser Verrohung und Vernichtung pervertiert. Doch plötzlich das Fanal der russischen Februarrevolution. „Ex oriente lux!“ urteilte – um nur ein Beispiel zu nennen – Carl Zuckmayer, Offizier an der deutschen Westfront.<sup>2</sup> Es waren Hoffnungen, bald und mehr aber neue Feindschaften, die seitdem das 20. Jahrhundert zerfurchten.

Was im Lager des Sozialismus parteiamtlich und staatsfeierlich erinnert wurde, war der „Rote Oktober“, die „Große Sozialistische Revolution“. Heute empfinden sich Millionen der Enttäuschten auf dem Scherbenhaufen der von 1917 gekommenen Umwälzung. Selbst ethische Sozialisten, die vom idealen Gebot der Gerechtigkeit und des Friedens aller Menschen und Völker überzeugt geblieben sind, nennen den aus der Februarrevolution gewach-

- 1 Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät e. V., Berlin, 21. Februar 2002. Mit diesen Thesen möchte ich eine Diskussion wiederaufnehmen, die durch ein Kolloquium des Plenums der Leibniz-Sozietät begonnen wurde. Siehe Bericht: Helmut Bock, Die Russische Revolution 1917. Weltereignis – Widerstreit – Wirkungen, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 19 (Jg. 1997), H.4, S. 161 ff.; nachgedr. in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 34, Juni 1998, S. 172 ff.
- 2 Carl Zuckmayer, Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft, Frankfurt a. M. 1969, S. 209; siehe auch: Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen, hrsg. v. Th. Bergmann, W. Hedeler, M. Kessler, G. Schäfer, Hamburg 1997, S. 169 ff., 206 ff.

senen „Roten Oktober“ eine Sackgasse: Er verdiene keine Würdigung als ein bedeutendes Ereignis und Datum der Weltgeschichte.

Den notorischen Gegnern sozialer Empörungen und antikapitalistischer Alternativen hingegen erscheint die Russische Revolution schlechthin als Büchse der Pandora, aus der gesellschaftspolitische Irrtümer, Krankheiten, Staatsverbrechen entspringen. Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und kommunistisch-faschistischem Totalitarismus – so heißt das Konstrukt, womit das Wesen des 20. Jahrhunderts zu erklären sei. Die konkrete Geschichte jedoch offenbart mehr als nur den Gegensatz von Demokratie und totalitären Regimen, deren differente Staats- und Gesellschaftsstrukturen gewiß unvereinbar, aber durch die Gleichsetzung faschistischer und prinzipiell antifaschistischer Diktaturen in der jetzt wiederum ideologischen Theorie verfälscht sind. Nicht einfach Totalitarismus – vielmehr Rüstung, Kriegsdrohung, tatsächliche Kriege waren das Krebsgeschwür. Eine realistische und zudem ehrliche Retrospektive könnte enthüllen, daß dieses vorige Jahrhundert ein Zeitalter nie gekannter Kriege und globaler Vernichtungsgefahren gewesen ist. Schon der erste Weltkrieg war eine Völkerkatastrophe: bewirkt und verschuldet von sogenannten zivilisierten Staaten verschiedener Nationen, Strukturen und Wachstumsgrade.

Fünfundachtzig Jahre nach dem Beginn der Russischen Revolution bleibt *sine ira et studio* zu sagen, was die widerstreitenden Revolutionäre von 1917 unter den Zwängen damaliger Konflikte und Verheerungen tun wollten und konnten. Was sie erhofften, erreichten – aber auch verfehlten.

## **Thesen**

### **1. Das Menetekel**

Seit dem Krimkrieg hatten sieben militärische Regionalkonflikte allein das Staatensystem Europas erschüttert. Ganz zu schweigen von den kolonialen Aggressionen, mit denen Großbritannien, Frankreich, die USA, Deutschland, Italien die Völker anderer Kontinente heimsuchten. Deutschlands Triumph über die französische Nation im Spiegelsaal zu Versailles war überdies Ursache eines ganz neuartigen Unheils: Die provokatorische Reichsgründung und der Annexionsfrieden von 1871 beschworen den Krieg aller bisherigen Kriege, das Menetekel des Weltkrieges herauf. In steigender Sorge beobachtete die humane Elite Europas, wie mit der militärpolitischen Staatenblockbildung nicht nur ein gewaltiger Zusammenprall drohte. Mit dem Eilmarsch der Technik und Industrie hatte eine verhängnisvolle, bis heute andauernde

Entwicklung begonnen – eine permanente Revolution der Waffentechnik und ein darauf basierendes Wettrüsten.

In dieser Welt formierten sich die Parteien der nationalen Arbeiterklassen, um mit der sozialen Befreiung auch eine internationale Befriedung herbeizuführen. Marx und Engels, strategisch denkende Köpfe dieser Bestrebungen, hatten in ihrer Frühzeit einen „Weltkrieg“ durchaus für die „Weltrevolution“ und den erhofften „Weltfrieden“ in Kauf nehmen wollen.<sup>3</sup> Seit Gründung der ersten „Internationale“ (1864) und dem deutsch-französischen Krieg (1870/71) wirkten sie jedoch gegen jeden der europäischen Staatenkriege, sogar gegen nordatlantische Kriegsdrohungen Britanniens und der USA. Die beiden Dioskuren waren sich in der Auffassung einig, daß Krieg „unser größtes Unglück“ sei.<sup>4</sup> Der drohende Weltkrieg war Engels' schlimmste Befürchtung nach dem Tode von Marx: „Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen [...]. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet [...].“<sup>5</sup> Angesichts solcher Aussichten müßten die „Sozialisten in allen Ländern für den Frieden“ sein, sonst würden die Proletarier von den herrschenden Klassen gezwungen, „sich gegenseitig abzuschlachten“.<sup>6</sup> Der Frieden gewähre den Sozialisten in ihren Ländern eine Reifung und baldige Emanzipation. Ein Weltkrieg dagegen werde die Arbeiterklasse infolge seiner totalen Erschütterungen entweder in wenigen Jahren an die Macht bringen oder – was ebenso wahrscheinlich sei – in den „vollständigen Ruin“ stürzen, wodurch sich die Revolution um Jahrzehnte verzögere.<sup>7</sup> Solch ein Krieg erschien keineswegs als der Preis, den die marxistischen Vordenker für die Befreiung der Arbeiterklasse zu zahlen wünschten.

Doch das Thema Revolution stand nach wie vor im Mittelpunkt strategischer Überlegungen. „Das Recht auf Revolution ist ja überhaupt das einzige *wirklich* ‚historische Recht‘, das einzige, worauf alle modernen Staaten ohne Ausnahme beruhen [...]“.<sup>8</sup> Dieses Anrecht auf Revolution, das aus der realen

---

3 Karl Marx/Friedrich Engels, Artikel aus der Neuen Rheinischen Zeitung, in: Marx/Engels, Werke (im folgenden MEW), Bd. 6, S. 150, 176, 397 f., 506; Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, S. 79.

4 Engels an Marx, London, 9. September 1879, ebenda, Bd. 34, S. 105; Engels an August Bebel, London, 16. Dezember 1879, ebenda, S. 431; Marx an N. F. Danielson, Ramsgate, 12. September 1880, ebenda, S. 464.

5 Engels, Einleitung (zu Sigismund Borkheims Broschüre „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten, 1806-1807“), ebenda, Bd. 21, S. 350 f.

6 Engels, Brief an das Organisationskomitee des Internationalen Festes in Paris, London, 13. Februar 1887, ebenda, Bd. 21, S. 344.

7 Derselbe, Der Sozialismus in Deutschland, ebenda, Bd. 22, S. 256.

Geschichte abstrahiert war, ließ Engels am Ende seines Lebens nach der Rolle der „Linken“ in den bisherigen Revolutionen fragen. „Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde [...]. *Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.*“<sup>9</sup> Nehmen wir diese Erklärung als zutreffend an, so wäre die Funktion bezeichnet, die der revolutionäre und soziale Demokratismus als Antipode des besitzbürgerlichen Liberalismus erfüllte. Sie war nötig – aber tragisch zugleich. Daher hat auch Engels präzisierend hinzugefügt: „Die Errungenschaften des ersten Sieges wurden erst sichergestellt durch den *zweiten* Sieg der *radikaleren Partei*; war dies und damit das augenblicklich Nötige erreicht, so *verschwanden die Radikalen und ihre Erfolge wieder vom Schauplatz.*“<sup>10</sup> Dies alles war im Rückblick auf die bürgerlichen Revolutionen in England (1640/89), Frankreich (1789/94), wiederum Frankreich und sogar Deutschland (1848/49) gesagt. Was hingegen die soziale Revolution, die Revolution der Zukunft, betraf, so schrieb Engels nur fünf Monate vor dem Tod einen Text, der wie ein Vermächtnis lautet. „Die Zeit der Übrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen, ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit [...].“<sup>11</sup>

Am Anfang des 20. Jahrhunderts war das marxistische Erbe umstritten. In der zweiten „Internationale“ verschob sich der Schwerpunkt seiner Nachwirkungen von den Industrieländern West-Mittel-Europas auf den „linken Flügel“ der russischen Sozialdemokratie. Einmütig schien freilich die Ablehnung eines großen Krieges zu sein. Und dennoch: von geschichtsmächtiger Bedeutung wurde allein die Mitschuld der Sozialdemokraten und Sozialisten an der weltpolitischen Katastrophe von 1914. Wohl fiel Jean Jaurès in Paris als ein

8 Derselbe, Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, ebenda, S. 524.

9 Derselbe, Einleitung zur englischen Ausgabe der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (1892), ebenda, S. 301.

10 Derselbe, Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ (1895), ebenda, S. 514.

11 Ebenda, S. 523.

Martyrer der Friedensidee. Fast alle anderen aber gaben ihr Jawort für nationalistischen „Burgfrieden“ und Kriegskredite, so daß die „Proletarier aller Länder“ alles andere taten, als sich zu „vereinigen“. Es gelang sämtlichen zum Krieg treibenden Regimen, die Führer der nationalen Arbeiterparteien, mittels deren Organisation und Presse auch die proletarische Klasse, an ihre Seite zu bringen. Französische, englische, belgische Sozialisten riefen auf, ihre bürgerlichen Freiheiten gegen die „halbfeudalen Monarchien“ Deutschlands und Österreich-Ungarns zu verteidigen, und es gab Sozialdemokraten des weit rückständigeren Rußland, die in dieselbe Kriegstropfete stießen, weil doch ihr Land der Entente angehörte. Deutsche und Österreicher indes erklärten, die von der Sozialdemokratie erkämpften Rechte und Freiheiten gegen die Despotie des russischen Zarentums schützen zu müssen. In beiden Lagern wurde überdies ein gleichklingendes Kriegsargument als „marxistisch“ ausgegeben: Weil die Zeit für eine sozialistische Umwälzung noch nicht reif sei, müßten die Arbeiter die jeweils fortgeschrittenere Bourgeoisie unterstützen - und als solche galt immer die des eigenen Landes und seiner Bündnispartner. Der Verrat an Idee und Beschlüssen des „proletarischen Internationalismus“ riß die kaum wieder gutzumachende Kluft in die Arbeiterbewegungen des 20. Jahrhunderts. Das wirkte derart traumatisch auf standhafte Internationalisten und Kriegsgegner, daß die aus ihren Reihen hervorgehenden kommunistischen Parteien auch ihrerseits jede Möglichkeit verabsäumten, die einmal verursachte Spaltung späterhin aufrichtig und demokratisch zu überwinden.

## **2. Die Februarrevolution**

Was auf den Kriegsbeginn von 1914 folgte, übertraf die schlimmsten Befürchtungen und Voraussagen. Niemals zuvor verzeichneten die Annalen der Weltgeschichte eine solche Barbarei. Hinter den vordergründig tosenden Mordszenarien der Angriffswellen, Maschinengewehrsalven, Artillerieduelle wurde das exzessive Elend der Individuen und der Völker in einer lautlos wachsenden Statistik verzeichnet: Ihre Endsumme betrug rund zehn Millionen Gefallener, zwanzig Millionen Verwundeter und Kriegskrüppel, mehrere – nur ungenau schätzbare – Millionen Verhungertes, Seuchentoter, spurlos Verschwundener. In vier Kriegsjahren wurden zweimal soviel Menschen getötet wie in sämtlichen Kriegen seit 1789. Wen mag es verwundern, wenn damalige Alternativdenker von einer ganz anderen Sackgasse sprachen als es heutige tun: von Massenmord, staatlich sanktionierten Verbrechen, Ruin aller Kultur, wohin niemand anders als bürgerlich-kapitalistische Großmächte die Menschheit gezerzt hatten.

Jedoch am 23. Februar des Julianischen Kalenders (8. März der gemeingültigen Zeitrechnung) eskalierte ein Streik der Rüstungsarbeiter im Petrograder Putilowwerk und ein Hungermarsch der Frauen zu regierungsfeindlichen Demonstrationen: „Brot!“ – „Nieder mit der Selbstherrschaft!“ – „Schluß mit dem Krieg!“ Nach sechs Tagen anhaltender Empörung standen auch 127 000 Soldaten, meist Bauern im Waffenrock, an der Seite der revoltierenden Mütter, Arbeiterinnen und Arbeiter. Die örtliche Militärmacht entzog sich der Befehlsgewalt des Zaren, seiner Generalität und Kamarilla – und eben das machte den Volkswiderstand zur erfolgreichen Februarrevolution. Nach der Abdankung Nikolaus II. und dem Thronverzicht seines Bruders konstituierte sich eine bürgerliche, allerdings nur Provisorische Regierung. Hunderttausende hatten den nahezu unblutigen Machtwechsel auf Petrograds Straßenpflaster weniger mit Waffen als mit den Füßen erstritten. Der hauptstädtische Aufstand, der in anderen Teilen Rußlands wie auch an der Front einen verzögerten, aber nachhaltigen Widerhall fand, entsprang brisanten Konfliktstoffen sozialer, mentaler und politischer Art.

Auf die Frage, wer denn eigentlich diese Revolution „gemacht“ habe, antwortete der „Volkssozialist“ W. A. Mjakotin im Frühjahr 1917: Zweifel an der bedeutenden Rolle des Proletariats könne es nicht geben, es habe die Erhebung begonnen – wie schon 1905. Aber es habe den Kampf „nicht allein geführt“. Erst als sich die Bauernschaft und die revolutionäre Intelligenz den Protestbewegungen anschlossen, „erzitterte die Zarenmacht“. Im „letzten Moment“ hätten dann auch „bürgerliche Schichten einen bescheidenen Anteil“ genommen. Diese sozial breit gefächerte Februarrevolution sei demzufolge keine proletarische Revolution. Sie habe freilich auch keine „rein bürgerliche“ Revolution werden können, „weil unsere Bourgeoisie“ – allzu fest mit der alten Macht verbunden – „nicht fähig ist, sie zu vollbringen“. Gewiß habe die „russische werktätige Masse“ selbst nicht die Reife, eine „völlig neue soziale Ordnung“ errichten zu können. Doch sie werde, prognostizierte der Zeitzeuge, sich auch fernerhin keinesfalls mit der „Zuschauerrolle“ begnügen.<sup>12</sup> Diese Erklärungen Mjakotins konkretisieren den abstrakten Begriff der „bürgerlich-demokratischen Revolution“. Sie machen deutlich, wie sehr der Umsturz des Februar als Resultat spontaner Massenbewegungen verstanden werden muß, deren soziale und politische Sprengkraft mit dem Sturz des Zaren nicht erschöpft war.

---

12 W. A. Mjakotin, *Die Revolution und die nächsten Aufgaben* (russ.) Moskau 1917; zit. n. Sonja Striegnitz, *Im Revolutionsgeschehen 1917. Sozialrevolutionäre – Wiedergeburt und Positionsbestimmung*, in: *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?*, hrsg. v. W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz, Berlin 1997, S. 97 (im folgenden: *Die Russische Revolution*).

Die kapital- und grundbesitzende Bourgeoisie, deren Repräsentanten in der IV. Duma gesessen und nun das Staatsruder ergriffen hatten, schien dennoch berufen, über Rußlands Schicksal zu entscheiden. Vor allem über den aktuellen Urgrund des Massenelends: den Krieg. Gravierend ist aber die Tatsache, daß im Programm der Provisorischen Regierung, die sich mit Menschewiki und Sozialrevolutionären des Petrograder Sowjets (zumeist Aktivisten der „Vaterlandsverteidigung“) abstimmte, der Krieg mit Stillschweigen übergangen wurde. Die neuen Minister, die im Dienst verbleibenden Armeebefehlshaber, das traditionelle Offizierskorps und das an der Rüstung profitierende Unternehmertum gedachten den Krieg unter allen Umständen bis zum „Sieg-Frieden“ fortzusetzen. Es blieb den Arbeitern des Baltischen Werkes und weiteren Volksversammlungen vorbehalten, das sofortige Kriegsende mit entschiedener Losung zu verlangen. „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen!“ Das durchschlug den Gordischen Knoten, an dem die Staatsregierungen auf beiden Seiten der Weltkriegsfronten noch unentwegt knüpften. Die Losung war 1915 von einem Häuflein konsequenter Sozialisten und Internationalisten auf der Zimmerwalder Konferenz in frustrierender Einsamkeit vertreten worden. Jetzt endlich entstieg sie den Arbeitern, zündete sie auch in einer Unzahl geschundener, zum Schlachtentod verurteilter Bauernsoldaten.

Die Situation war seit dem Februaufstand im höchsten Grade verworren und widersprüchlich. Von den Zwangsinstitutionen der zaristischen Staatsgewalt war Rußland weitgehend befreit. Der Sieg des Volkes hatte ein Vakuum für Aktivitäten geschaffen, die in den anderen kriegführenden Ländern durchaus unerlaubt waren. Arbeiter, Soldaten, Bauern, Landarme und nicht zuletzt die Intellektuellen drängten in ihren Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation ihrer sozialen Interessen: der Bildung von zahllosen Komitees und zumal von Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Es waren Volksvertretungen, die eine Basisdemokratie verkörperten – nach Geist und Form keinesfalls nur Anhängsel des bürgerlichen Liberalismus.<sup>13</sup> Vielmehr vergleichbar mit den für konsequente

---

13 P. W. Wolobujew und W. P. Buldakow beurteilen die Februarrevolution und ihre Folgen unter psychosozialen Aspekten: „Entgegen den Vorstellungen der Ereignishistoriographie erweist sich nicht der ‚bolschewistische‘ Oktober, sondern der ‚demokratische‘ Februar als der *kritische Punkt* im Jahre 1917. Für die im paternalistischen Denken verhafteten Massen war die Tatsache des Sturzes der Macht von außerordentlicher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Übernahme [...]“ Wolobujew/Buldakow, Oktoberrevolution – neue Forschungszugänge, in: Die Russische Revolution, S. 52 (Hervorhg. – HB).

„Volkssouveränität“ kämpfenden Verbündnissen der revolutionären Demokratie in allen früheren Revolutionen seit 1789.

Interessen und Streitsachen dieser sich organisierenden Massen vervielfachten und überkreuzten sich in zwei verschiedenen Zivilisationsräumen, die für Rußland charakteristisch waren: der relativ entwickelten europäisch-städtischen Sphäre und der traditionell-dörflichen Rückständigkeit. Hier wie dort wurden unabdingliche Ansprüche erhoben und Tatsachen geschaffen. Sie widerspiegeln die Verwicklung der Konflikte, die Widerspruchsdiagnostik der Jahre 1917/18. Der Ruf „Schluß mit dem Krieg!“ war die akute Massenforderung und insbesondere eine verbale Ermutigung zur Selbsthilfe der Soldatensowjets, zur Befehlsverweigerung und Desertion. Sie wurde von Ministern und Generalität mit kriegerischen Solidaritätsadressen an die Ententemächte, mit der gewaltsamen Unterdrückung erneuter Friedensdemonstrationen und der Wiedereinführung standrechtlicher Todesstrafen erwidert. – Die Forderung „Der Boden den Bauern!“, nächst dem Antikriegsruf die verbreitetste Losung der größten, nahezu achtzig Prozent zählenden Bevölkerungsmasse, meinte Enteignung des großen Grundbesitzes und zumeist Übergabe des Bodens an die Dorfgemeinden zwecks Nutzung von bäuerlichen Produzenten: schon praktiziert durch Überfälle auf Großgrundbesitzer, eigenmächtige Konfiskation von Land, Gebäuden, Saatgut, Gerätschaften. Die Regierung, obwohl mit agrarischen Reformprojekten beschäftigt, reagierte mittels Einsatz von Kosakenschwadronen, worauf Bauernaufstände in rund 30 Gouvernements antworteten. – Die Proletarier waren in politischer und organisatorischer Hinsicht die am meisten bewußte, aber mit kaum mehr als vier Prozent kleinste Schicht der Bevölkerung. Diese Bahnbrecher der Februarrevolution kämpften nun mit Hilfe ihrer Fabrikkomitees und Gewerkschaften für achtstündigen Arbeitstag, bessere Löhne, Produktions- und Absatzkontrolle in Großindustrie, Verkehrswesen, kleineren Produktionsstätten. Dem Unternehmertum und den amtlichen Hütern des bürgerlichen „Eigentums“ galten gerade sie als Gefahr für die liberalistischen „Freiheiten“ des Managements und der Kapitalbewegung. – Schließlich waren da noch die Nationalvertretungen Finnlands, des Baltikums, der Ukraine, der Regionen des Südens: Sie beanspruchten kulturelle oder nationale Autonomie. Doch die Provisorische Regierung ganz Rußlands pochte auf den Fortbestand des Vielvölkerstaats, die zentral regierte und großrussische Einheit. Die amtlichen Verlautbarungen sagten zu allen Problemen: Noch seien die Gesetzesbeschlüsse einer „Konstituierenden Versammlung“ abzuwarten, die den Verfassungsstaat begründen müsse. Jedoch die



Wahlen zu dieser Konstituante wurden wegen der vielfachen Unruhe des Landes fortwährend hinausgeschoben.

### 3. Lenins „April-Thesen“

Im leninistischen Geschichtsbild erscheint die Februarrevolution als eine Art Vorspiel unreifer Volkselemente und Charaktere vor dem heroischen Drama der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“.<sup>14</sup> Deren steigende Handlung schien erst am 3. (16.) April mit Lenins Ankunft auf dem Finnländischen Bahnhof zu beginnen: Dort nämlich trug der berufene Führer und Hauptakteur seine fertigen „April-Thesen“ in der Tasche, um sie am nächsten Tag – ganz ohne gesellschaftliche Analysen vor Ort – den teils verwunderten, teils widerständischen Bolschewiki und Menschewiki vorzutragen.

Es war eine entschiedene Alternative zum Krieg, die W. I. Lenins Thesen konstituierte. Mit Recht bezeichnete er den Charakter der Provisorischen Regierung als „kapitalistisch“, die Fortsetzung der Kriegspolitik als „räuberisch“ und „imperialistisch“. Daher sei die jetzt im Schwange befindliche Phrase der „*revolutionären* Vaterlandsverteidigung“ abzulehnen. Aber gemäß der Auffassung, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland bereits zuende sei, verlangte er einen sofortigen „Übergang von der ersten Etappe“ zur „zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft“ legen müsse.<sup>15</sup> Nach dem historischen Vorbild der Pariser Kommune sei ein Sowjetstaat zu gründen, der den „völligen Bruch mit allen Interessen des Kapitals“ vollziehe. Lenin negierte die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki, die mehrheitlich von den regionalen Basisorganisationen beider Parteiströmungen (54 von 73) gefordert wurde, und er warf deren Strategie, in der noch andauernden bürgerlichen Revolution für möglichst viel revolutionäre Demokratie zu kämpfen, mit rhetorischer Radikalität über den Haufen. Seine Forderungen lauteten: statt Vereinigung mit dem menschewistischen und außerrussischen Sozialdemokratismus – Gründung einer eigenständigen Kommunistischen Partei, statt Provisorischer Regierung – Sowjets

14 Vgl. Weltgeschichte in Daten, 2. Aufl., Berlin 1973; Illustrierte Geschichte der Großen Sozialistischen Revolution, 3. durchges. u. verb. Aufl., Berlin 1977 (nach der russ. Ausgabe, Moskau 1967). Siehe Kritik von Alexander Watlin: Der Sieg der Bolschewiki in europäischer Perspektive, in: Der Widerschein der Russischen Revolution, S. 155.

15 W. I. Lenin, Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: Werke, Bd. 24, S. 3 ff.

der Arbeiter, Bauern und Soldaten, statt Konstituierung der bürgerlich-parlamentarischen Republik - sozialistischer Sowjetstaat.

Auf der Versammlung von Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) am 4. (17.) April scheiterte Lenin an der Ablehnung einer überwiegenden Mehrheit. Er erntete den Vorwurf „anarchistischer Demagogie“. Die wohl bedenklichste Kritik wagte die Aussage: „Von diesem Podium aus ist die Fahne des Bürgerkriegs in der revolutionären Demokratie aufgepflanzt worden.“<sup>16</sup> Lenins Kontrahenten, darunter der Bolschewik L. B. Kamenew, Vertreter der „Prawda“-Redaktion<sup>17</sup>, und der namhafte Menschewik G. W. Plechanow, Mitbegründer der Partei, aber auch Anhänger der „Vaterlandsverteidigung“, beriefen sich auf marxistische Überlieferung. Beide betonten die ökonomische Unreife, überhaupt die ganze Rückständigkeit Rußlands, so daß von einem baldigen Übergang zur sozialistischen Revolution keine Rede sein könne. Dabei erinnerten sie an Engels, der am Beispiel Thomas Müntzers die Tragik eines vorzeitigen Revolutionärs veranschaulicht hatte, woraus zu folgern sei: „der sicherste Weg in den Untergang ist, die Macht verfrüht zu erobern“.<sup>18</sup> Es war ein Arbeiter im Soldatenrock, der in der Diskussion am 4. (17.) April 1917 die Voraussage wagte: „[...] Wenn man den Weg Lenins beschreitet, werden wir nicht nur den Sozialismus, sondern auch die bürgerlichen Freiheiten zugrunde richten.“<sup>19</sup>

In der aufgewühlten Situation des ganzen Landes wußte niemand eine sichere und außerdem unblutige Konfliktlösung. Wollte man Lenin zugute halten, wie sehr das Morden an allen Kriegsfrenten und seine Fortsetzung auch durch Rußlands bürgerliche Regierung eine Herausforderung war, um die sofortige Alternative zum kapitalistischen Weltkrieg zu denken und praktizieren – so gilt doch die Qual des humanen Empfindens, das geistig-moralische Verantwortungsgefühl vor der Menschheit auch für alle anderen Verfechter der Ideen des Sozialismus. Deren Kritik an den „April-Thesen“ ist jedoch von Lenin selbst und später von den leninistischen Erbwältern als Opportunismus, Gesinnungslumperei und Handreichung für die Bourgeoisie verteufelt wor-

16 Beratung von Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands über die Vereinigung beider Flügel und über die Stellungnahme zu den April-Thesen W. I. Lenins, in: „Edinstwo“ v. 4. April 1917, abgedr. in: Die Russische Revolution, S. 233 ff.

17 L. B. Kamenew über die Position der „Prawda“-Redaktion zu den April-Thesen von W. I. Lenin, in: „Prawda“ v. 8. April 1917, abgedr. in: Die Russische Revolution, S. 237 f.

18 G. W. Plechanow, Über Lenins Thesen und warum Fieberphantasien bisweilen interessant sind, in: „Edinstwo“, Nr. 9-11 v. 9.-12. April 1917, abgedr. ebenda, S. 239 ff. Diese Engels-Rezeption auch bei I. G. Zereteli auf der Beratung vom 4. April 1917, ebenda, S. 235.

19 Ebenda, S. 236.

den. Sie hat erst durch den Untergang der Sowjetunion ihren Sinn als geschichtliche Mahnung zurückgewonnen. Außerdem bleibt zu bedenken, daß der Leninismus nach dem Tod seines Begründers fast stets auf ihn, den „großen Mann“ und „genialen Kopf“, fokussiert blieb – trotz der marxistischen Maxime von der „schöpferischen Rolle der Volksmassen in der Geschichte“. Es war ideologische Didaktik, die die Entwicklungsmöglichkeiten der Februarrevolution geringschätzte, daher nur unter den Aspekten Lenins beurteilte. Das sozialistische Denken der „linken“ Menschewiki und Sozialrevolutionäre wurde negiert. Der originäre Anteil der Massen an Ausbruch und Fortsetzung der Revolution - zumal ihre nicht mit Lenins Strategie übereinstimmenden Bedürfnisse und Interessen – gelangten bei alledem kaum ins Blickfeld.

#### **4. Oktoberaufstand. Fortsetzung der Februarrevolution**

Vor allem die Alternative von Krieg oder Frieden bewirkte jene Zerreißproben, an denen von Frühjahr bis Herbst 1917 vier Ministerkabinette der bürgerlichen Regierung zerbrachen. Die Sommeroffensive, ihr verlustreiches Scheitern bei gleichzeitiger Niederschlagung der Antikriegsdemonstrationen, war der mentale Wendepunkt, nachdem eine Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, Heeresführung und Soldaten unmöglich wurde. „Alle Macht den Sowjets!“ hieß das Banner, unter dem sich die Massen sammelten. Indem sie sich mehr und mehr auch gegen regierungstreue, mit Ministerämtern versehene Sozialrevolutionäre und Menschewiki wandten, gerieten sie in Petrograd, Moskau, weiteren Städten unter den Einfluß der entschieden revolutionären Bolschewiki. So pendelte schließlich die Regierung des Sozialrevolutionärs A. F. Kerenski zwischen Machtbehauptung und Ohnmacht. Nach „links“ gegen die „Anarchie“ der Massen gerichtet, drohte sie, mit Hilfe der künftigen Konstituante alle Sowjets aufzulösen. Von „rechts“ aber wurde sie selbst bedroht: durch die Konterrevolution, zumal den Putschversuch des Generals Kornilow. Bei alledem standen deutsche Armeen tief im Land, rückten über das Baltikum gegen Petrograd vor.

In der stockenden Revolution erwies sich allein jene Partei als handlungsfähig, die sich als der „bewußte Vortrupp“ des Proletariats auffaßte: die Bolschewiki unter der enorm gewachsenen Führungskraft Lenins. Wohl widerstrebten die ZK-Mitglieder Kamenew und G. J. Sinowjew dem geheimen Beschluß zum bewaffneten Aufstand, indem sie ein Warnschreiben mit

Situationsanalyse an die Partei richteten.<sup>20</sup> Doch die proletarische Rote Garde verhielt sich beschlußgemäß. Mit Unterstützung revolutionär gesinnter Soldaten stürmte sie in der Nacht zum 26. Oktober (8. November) 1917 das Petrograder Winterpalais – genau zu dem Zeitpunkt, da sich die Deputierten des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter und Soldaten im Gebäude des Smolny versammelten.

Erst dieser Aufstand eröffnete eine neue Phase der Revolution.<sup>21</sup> Er war ein Akt radikaler Überrumpelung, bei dem die Leninsche Taktik galt, dem Kongreß den Sturz der Regierung Kerenski als ein unverrückbares Faktum vorzusetzen und angesichts des neuen Machtvakuum grundlegende Beschlüsse abzuverlangen. Dem diente auch eilige Agitation. Noch war das Winterpalais, die Zuflucht der Minister, nicht erobert, da behauptete das revolutionäre Militärkomitee unter der Leitung L. D. Trotzki, den Regierungsturz bereits vollzogen zu haben. Zeitung und Flugblatt soufflierten den allerdings überwiegend analphabetischen „Bürgern Rußlands“ vier sofortige Maßnahmen: Angebot eines demokratischen Friedens, Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer an Grund und Boden, Arbeiterkontrolle über die Produktion und Bildung einer neuen Regierung im Namen der Sowjets.

Wie aber konnte das in den Weiten ganz Rußlands, fern von den dahinziehenden Ereignissen der Hauptstadt, verstanden werden? Es stellte sich die Frage, ob diese Ziele nicht bloß eine konsequente Fortsetzung der im Februar begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution anzeigten - ob also die Bolschewiki (in historischer Analogie) vielleicht nur die Rolle der französischen Jakobiner von 1793 wiederholten. Doch wenige Stunden später, der Aufstand war noch immer im Gange, beschloß der Petrograder Stadtsowjet unter dem Gewicht Lenins das gesellschaftliche Ziel des bevorstehenden Umsturzes: Die Sowjetregierung werde sich allein auf das „städtische Proletariat“ und die „ganze Masse der armen Bauernschaft“ stützen. Sie werde

20 Erklärung von G. J. Sinowjew und L. B. Kamenew zur Orientierung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei auf den bewaffneten Aufstand, 11. (24.) Oktober 1917, abgedr. in: Die Russische Revolution, S. 369 ff.

21 R. A. Medwedew betont den Gesamtzusammenhang der Russischen Revolution: „Obwohl sich die Februar- und die Oktoberrevolution in ihren Zwecken, Triebkräften und Folgen wesentlich unterschieden, wiesen sie doch auch viele gemeinsame Ursachen auf. Im retrospektiven Bewusstsein der Menschheit erscheinen sie heute als *zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses*, der das Jahr 1917 in Russland bestimmte.“ Medwedew, 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki, ebenda, S. 35 (Hervorh. – HB).

„unbeirrt zum Sozialismus schreiten“: „dem einzigen Mittel, das Land von den unsagbaren Leiden und Schrecken des Krieges zu erlösen“.<sup>22</sup> Das genau war die Strategie, die Lenin in seinen „April-Thesen“ verfochten hatte. Als ein Rezipient des historischen Marxismus, den er vor kurzem wieder studiert, in seinen Aufzeichnungen über „Staat und Revolution“ verarbeitet hatte, verlangte er jetzt die Zerschlagung des alten und die Errichtung eines neuen Staatsapparats. Doch er wußte sich genötigt, der tradierten Überzeugung, wonach eine sozialistische „Weltrevolution“ nur von den fortgeschrittenen Ländern des Kapitalismus ausgehen konnte, Rechnung zu tragen. So kündigte er für das Wagnis in Petrograd die Solidarität der Arbeiter Italiens, Großbritanniens und Deutschlands an: sie seien zur Empörung bereit, so dass die „Weltrevolution“ alsbald kommen werde.

Während des Aufstands und der Beratung des Stadtsowjets schmorte der Gesamtrussische Sowjetkongreß. Dort hielten die Führer der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre solange das Präsidium besetzt, bis das Winterpalais tatsächlich genommen und die meisten Minister verhaftet waren. Die Parteigrößen und ihr Gefolge räumten die Stühle mit demonstrativem Protest: „Eine militärische Verschwörung ist hinter dem Rücken des Kongresses organisiert worden.“<sup>23</sup> Wer zuletzt noch im Saal war und die angekündigten Beschlüsse durch Abstimmung besiegelte, zählte zu den 625 verbliebenen Deputierten: 390 Bolschewiki, 179 Linke Sozialrevolutionäre sowie kleinere Gruppen der Vereinigten Internationalisten und der Ukrainischen Sozialrevolutionäre. Am Abend dieses 26. Oktober (8. November) 1917 schlug dann Lenins historische Stunde. „Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart.“ Mit diesem Satz begann er die Verlesung des „Dekrets über den Frieden“.<sup>24</sup>

Der Vorschlag an die kriegführenden Völker und ihre Regierungen, sofort Verhandlungen für einen „gerechten, demokratischen Frieden“ aufzunehmen, war eine Botschaft, die in der Geschichte der Staatenkriege nicht ihresgleichen hat. Kriterium der beschworenen „Gerechtigkeit“ und „Demokratie“ sollte ein „Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territo-

22 Resolution. Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 25. Oktober (7. November) 1917, in: Lenin, Werke, Bd. 26, S. 230.

23 S. D. Mstislawski über den II. Sowjetkongress, in: Russische Revolution, S. 392 ff. Über den Kongress auch: John Reed, Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 1957; N. N. Suchanow, 1917. Tagebuch der russischen Revolution, ausgew., übertr. u. hrsg. v. N. Ehlert, München 1967.

24 Lenin, Rede über den Frieden, 26. Oktober (8. November) 1917 und Dekret über den Frieden, in: Werke, Bd. 26, S. 239 ff.

rien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen“ sein. Das Dekret enthält eine völkerrechtswürdige Begriffsklärung der „Annexion“, wie sie noch heute taugen möchte. Die traditionelle Geheimdiplomatie, die sekretierten Absprachen der Ententemächte, überdies alle bisherigen „Annexionen der Großrussen“ wurden sofort und bedingungslos als ungültig erklärt. Für die Nationen und Völker – gleich, ob sie „in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern“ lebten – wurde das Recht der nationalen Selbstbestimmung gefordert. Der Schlußteil des Dekrets war an besondere Adressaten gerichtet: die „bewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands“. Mit der Versicherung, daß sie die russischen Oktoberrevolutionäre gewiß nicht im Stich lassen würden, sprach das Dekret nun auch vor aller Öffentlichkeit die Erwartung der sozialistischen „Weltrevolution“ aus. In seinen Erläuterungen, die nicht im Dekret enthalten sind, warnte Lenin allerdings vor dem Versuch der internationalen Bourgeoisie, „die Arbeiter- und Bauernrevolution in Blut zu ersticken“<sup>25</sup>. Doch am Ende würden „Frieden und Sozialismus“ den Charakter der soeben „beginnenden neuen Weltepoche“ bestimmen.

Der Sowjetkongreß bestätigte ebenfalls das von Lenin verlesene, im Kern schon seit Jahren von den Sozialrevolutionären vertretene „Dekret über den Grund und Boden“.<sup>26</sup> Wegen der zentralen Stellung der Agrarfrage in der Russischen Revolution und der bolschewistischen Haltung zum Eigentum muß dieses Dekret ausführlicher betrachtet werden. Der gesetzgebende Akt erfolgte vor dem flammenden Hintergrund unzähliger Übergriffe, Gewalttaten, Rebellionen der Landbevölkerungen ganz Rußlands im Widerstreit mit den Gutsbesitzern und der örtlichen Staatsbürokratie, wobei aber die Verschiedenheit der Interessen von Groß- und Mittelbauern, Kleinbauern und Dorfarmut ein noch zusätzlicher Zündstoff war. Historiker berichten von einer „gigantischen, unkontrollierbaren Eruption sozialer Stimmungen“, die im März des Revolutionsjahres als Konflikt begonnen hatte, jedoch bis Oktober zur „sozialen Explosion“ überschlug.<sup>27</sup> Trotz der Vielgestaltigkeit dieser Situation und ihrer widerspruchsvollen Kräfte blieben Lenins einleitende Bemerkungen zum Dekret auf einen einzigen, für ihn entscheidenden Punkt

25 Ebenda, S. 243.

26 Dekret über den Grund und Boden. Ebenda, S. 249.

27 Wadim L. Telizyn: Vom Februar zum Oktober. Die soziale Explosion im russischen Dorf. Wesen und Dynamik. Methodologische Aspekte, in: Die Russische Revolution 1917, S. 89, 93.

fixiert: „die gewaltigen Massen der armen Bauern“. Sie für die Revolution und die Sowjetregierung zu gewinnen, war die Konsequenz seiner grundstürzenden „April-Thesen“. Gerade sie zu beruhigen und zufrieden zu stellen, nannte er Ziel und Zweck des Dekrets, dessen 1. Artikel und revolutionierender Auftakt besagte: „Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben.“ Die Beschlagnahme galt auch für Ländereien der zaristischen Krone, der Klöster und der Kirchen. Der konfiszierte Besitz, der „von nun an dem ganzen Volk“ gehöre, sollte einstweilen von bäuerlichen Bodenkomitees und den Kreisowjets der Bauerndeputierten eingezogen, vor Angriffen geschützt, verwaltet werden – und zwar solange, bis Rußlands „Konstituierende Versammlung“ endgültige Gesetze beschließen würde. Das knapp formulierte Dekret, das weitere Fragen des Besitzes und seiner Verteilung gar nicht berührte, schloß im 5. Artikel ziemlich überraschend mit der Bestimmung: „Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation.“ Diese ostentative Feststellung ließ erahnen, dass das Gesetz als Initialzündung weiterer umwälzender Beschlüsse gedacht war. So erstand die ungeheure Frage: Wenn das Eigentum der bislang herrschenden Klasse konfisziert, die arme Bauernschaft hingegen nachdrücklich von Konfiskation ausgenommen wurde – was würde dann mit dem noch nicht erwähnten Eigentum und Landbesitz von Großbauern, Mittelbauern und relativ gutgestellten Kleinbauern geschehen?

Die Antwort erfolgte in einem „Bäuerlichen Wählerauftrag“, der dem Text des Dekrets hinzugefügt wurde.<sup>28</sup> Darin legten Bolschewiken und Linke Sozialrevolutionäre – mit wiederholtem Vorbehalt zugunsten künftiger Beschlüsse der „Konstituierenden Versammlung“ – ihre Auffassung von der „gerechtesten Lösung“ der Agrarfrage dar. Das „Privateigentum am Grund und Boden“ sei „für immer“ und „entschädigungslos“ aufzuheben, der gesamte Boden zum „Gemeineigentum des Volkes“ zu machen und „allen, die ihn bearbeiten, zur Nutzung“ zu übergeben. Bodenschätze, Waldungen, Gewässer von Bedeutung müßten der „ausschließlichen Nutzung des Staates“, die von geringerem Wert der Nutzung örtlicher Selbstverwaltungen übertragen werden. Das „Recht der Bodennutzung“ für Ackerbau und Viehwirtschaft sei allen Staatsbürgern, „die den Boden selbst, mit Hilfe ihrer Familie oder genossenschaftlich bearbeiten wollen“, für die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit zu erteilen, danach aber sei der Boden wieder einzuziehen. Die Massenlosung „Der Boden den Bauern!“ sollte sich folglich nicht als Privateigentum, son-

28 Bäuerlicher Wählerauftrag zur Bodenfrage, in: Lenin: Werke. Bd. 26. S. 249 ff.

dern nur als Verfügungsrecht des einzelbäuerlichen Produzenten oder der Genossenschaftler realisieren. Lohnarbeit wurde verboten. Der „Wählerauftrag“ stieß das Tor der Eigentumsverhältnisse, das durch die Enteignung der halbfeudalen Herrschaftseliten schon nicht mehr verschlossen war, mit Entschiedenheit für eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung auf. „Volkseigentum“ sollte hinfort der oberste Rechtstitel sein. Doch was für den späteren „real existierenden Sozialismus“ zum Charakteristikum wurde: de facto unterlag das „Volkseigentum“ den Entscheidungen der zentralen und örtlichen Staatsorgane, die jetzt freilich noch als Institutionen demokratischer „Selbstverwaltung“ deklariert wurden. – Diesen „Wählerauftrag“ erklärte Lenin zum „provisorischen Gesetz“. Es sei trotz der künftigen Konstituierenden Versammlung „nach Möglichkeit sofort“ durchzuführen. Der gesamte Text des Dekrets und des beigegebenen Auftrags orientierte vorzugsweise auf massenhafte, also kleinbäuerliche Agrarbetriebe. Den Groß- und Mittelbauern hingegen war die Enteignung definitiv angedroht: In der noch dauernden Revolution waren ihre Wirtschaftsbetriebe dem Zugriff der „gewaltigen Massen der armen Bauern“ preisgegeben.

Die Bolschewiken wußten, daß die große Mehrheit der Bauern nicht ihnen, sondern den Sozialrevolutionären, der damals größten und einflußreichsten Partei in Rußland, folgte. Dieser Umstand veranlaßte Lenin abschließend zu einer Erklärung, die gemäßigt klang: „[...] Wenn die Bauern den Sozialrevolutionären weiterhin Gefolgschaft leisten, selbst wenn sie dieser Partei die Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung geben, werden wir [...] sagen: Sei's drum. [...] Wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren. [...] Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten.“<sup>29</sup> War das die wohl angemessene Achtung vor gesetzlichen Institutionen, also vor demokratischen Wahlen und parlamentarischen Beschlüssen der sooft genannten „Konstituierenden Versammlung“? Man ist zur Annahme berechtigt, daß der Redner den radikalen Klassenkampf zwischen Dorfarmut und Kulaken längst kalkulierte.

Das dritte Dekret enthielt den „Beschuß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung“: ebenfalls deklariert als ein Provisorium „zur Verwaltung des Landes bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung“ und betitelt als „Rat der Volkskommissare“.<sup>30</sup> Die Wahl Lenins in die Funk-

29 Lenin: Rede über die Bodenfrage. 26. Oktober (8. November) 1917, ebenda. S. 252 f.

30 Beschluss über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung, ebenda, S. 254 f.



tion des Vorsitzenden (nach traditionellen Begriffen: des Ministerpräsidenten) anerkannte die intellektuelle Überzeugungskraft des Führers der Bolschewiki. Den Protagonisten des Oktoberumsturzes war das politische Wagnis ihrer Machteroberung allerdings durchaus bewußt. Trotzki, in der Historie bekannt als ein Verfechter der marxistischen Hypothese der „Weltrevolution“, sagte auf der Tribüne des Sowjetkongresses freiheraus: „[...] daß wir wohl wissen, daß, wenn auch weiterhin in Europa die imperialistische Bourgeoisie herrschen wird, das revolutionäre Rußland sich allein nicht zu halten vermag. Es gibt nur die Alternative: Entweder die russische Revolution wird eine revolutionäre Bewegung in Europa auslösen, oder die reaktionären Mächte Europas werden das revolutionäre Rußland zerstören.“<sup>31</sup>

Die drei Beschlüsse des Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten (d. h. nicht der Bauern, die derzeit den Boden bearbeiteten) waren das unmittelbare Ergebnis des zweiten Petrograder Aufstands im Prozeß einer Revolution, die sich seit Februar/März entwickelte. Obwohl der Aufstand in der Öffentlichkeit Rußlands nicht unter sozialistischen, sondern demokratischen Losungen siegte, ist er in der Sowjetunion und von deren Parteigängern in aller Welt mit dem Diktum „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ erinnert und gefeiert worden. Tatsächlich aber erfüllte die neue, sich selbst als „provisorisch“ bezeichnende Regierung bis zum Jahresende 1917 die noch ungelösten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution. Sie ließ endlich die Wahlen zur Konstituante durchführen, mühte sich um allgemeine, jedoch von den Westmächten boykottierte Friedensverhandlungen, schloß einen Waffenstillstand mit Deutschland und dessen Verbündeten, verfügte die Aufhebung der aus der Feudalzeit überkommenen Ständestrukturen, überdies die Trennung der Kirche von Staat und Schule, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und des Selbstbestimmungsrechtes der unter russischer Herrschaft stehenden Nationen. Nur die Absichtserklärungen über Arbeiterkontrolle der Produktion und Nationalisierung der Banken, des Bodens, der Bodenschätze steuerten einen direkten Zugang zum Sozialismus an.

Bereits nach wenigen Wochen, im November 1917, geriet die neue Regierung in eine erste innere Krise. Weil Lenin und seine unbedingten Anhänger die Forderung nach einer „sozialistischen Einheitsregierung“ mit Vertretern der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zurückwiesen, protestierten elf Volkskommissare, von denen zehn ihr Amt niederlegten: „Eine rein bolsche-

---

31 Reed, Zehn Tage, S. 201.

wistische Regierung [...] kann sich nur mittels politischen Terrors an der Macht halten. Das wird zur Bildung eines Regimes ohne Verantwortung führen.“<sup>32</sup> Überdies warnte der alte Plechanow, Lenins historischer Kontrahent, im „Offenen Brief“ an die Petrograder Arbeiter vor einer Errichtung der Diktatur des Proletariats.<sup>33</sup> Die Arbeiterklasse, nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung, müsse bedenken, dass die Bauern, die überwiegende Volksmehrheit, zwar das Land der Gutsbesitzer benötigten, ihre Interessen aber „nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet“ seien. Die Bauern wären daher „beim Aufbau der sozialistischen Produktionsweise ein sehr unzuverlässiger Bündnispartner“. Plechanow widersprach auch der übereilten Behauptung: „Was der russische Arbeiter begonnen hat, wird der deutsche vollenden.“ Statt dessen entwarf er die unfreiwillig düstere Prognose: „Wenn das russische Proletariat die politische Macht zur unrechten Zeit erobert, wird es die soziale Revolution nicht durchführen, sondern nur den Bürgerkrieg auslösen, der es letzten Endes zwingen wird, sich weit hinter die im Februar und März dieses Jahres erkämpften Positionen zurückzuziehen.“

## 5. Die Konstituierende Versammlung

Seit Dezember 1917 standen die Bolschewiki nun doch im zeitweiligen Koalitionszwang mit Linken Sozialrevolutionären und als Regierende vor allem unter dem Massendruck von Bauern, Soldaten, Arbeitern, bürgerlichen Nationalisten. Diese sprachen von „Sozialisierung“ und gar von „Sozialismus“, ohne die tatsächlichen Konsequenzen zu kennen oder zu wollen. Während die „proletarische Avantgarde“ das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen gedachte – beharrten die grundbesitzenden Bauern auf ihrem Landeigentum, wollten aber auch viele der Armen in den Dorfgemeinden endlich zu persönlichem Besitz an Boden gelangen. Während die Bolschewiki trotz ihrer Friedensbemühungen an die Notwendigkeit denken mußten, daß sich das erneuernde Rußland gegen innere und äußere Konterrevolution mit Revolutionstruppen zu verteidigen habe – strömten ungeheure Massen von Bauernsoldaten in ihre Dörfer zurück, um bei der Landverteilung anwesend zu sein. Während die überzeugten „Marxisten-Leninisten“ im Industrieproletariat den „missionarischen“ Träger für Sozialismus und Kommunismus

32 J. Bunyan/H. H. Fisher, *The Bolshevik Revolution 1917-1918. Documents and Materials*, Stanford 1961, S. 91 f.

33 Offener Brief von G. W. Plechanow an die Petrograder Arbeiter über den Oktoberumsturz, 28. Oktober (10. November) 1917, abgedr. in: *Die Russische Revolution*, S. 402 ff.

erblickten – waren die Arbeiter bekanntlich nur ein sehr geringer Bevölkerungsteil, und manch einer mochte die gewerkschaftliche Freiheit, seine Vertreter zu wählen und auch abzuwählen, nicht der bolschewistischen Partei und Klassendisziplin opfern. Schließlich gab es noch die politischen Führungskräfte, die in Finnland die Abtrennung von Rußland und in den anderen Landesvertretungen das Recht der nationalen Selbstbestimmung beanspruchten. Sie waren in der Mehrzahl keineswegs Betreiber der sozialen Revolution, geschweige denn Parteigänger des Bolschewismus. Das alles mußte zu schweren Auseinandersetzungen führen.

Bereits in der bisherigen Revolution hatten Losungen der bürgerlich-demokratischen „Freiheiten“ und der sozial-revolutionären „Gleichheit“ polarisierend gewirkt. Das Ereignis, das gemäßigte Demokraten und radikal-sozialistische Klassenkämpfer vollends spaltete, vollzog sich am 5./6. (18./19.) Januar 1918: dem Geburts- und zugleich Sterbedatum der seit langem angekündigten „Konstituierenden Versammlung“. Diese war von 46,5 Millionen (etwa 60 % der Stimmberechtigten Russlands) gewählt worden, und wie Lenin vorausgesehen hatte, bildeten die Deputierten der Sozialrevolutionären Partei die stärkste Fraktion (370 von 601 anwesenden Abgeordneten). Die Bolschewiki hingegen, die kaum ein Drittel der Abgeordnetenplätze (175) einnahmen, wollten die soziale Revolution auf die Tagesordnung setzen. Sie schlugen den Text einer „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ zur Diskussion und Annahme vor.

Das Dokument drängte zu verfassungspolitischer Entscheidung.<sup>34</sup> Es verlangte die Konstituierung des neuen Staates als föderative Sowjetrepublik und den sofortigen Vollzug der sozialistischen Revolution: Abschaffung des umstrittenen „Privateigentums an Grund und Boden“, „Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates“, Verstaatlichung der Banken, Einführung der „allgemeinen Arbeitspflicht“ und „Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern“. Nach Annahme dieser Deklaration sollte die Konstituante ihre Aufgaben als erledigt betrachten und ihre Selbstauflösung beschließen. Weil sich aber die Majorität der Versammlung mit Berufung auf Landeswahlen, parlamentarische Vollmachten und Gesetzgebungskraft verweigerte, brach der Klassenkampf offen hervor. N. I. Bucharin, Hauptredner der bolschewistischen Fraktion, attackierte alle Ab-

---

34 Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, in: Lenin, Werke, Bd. 26, S. 422 ff.

sichten zum „Aufbau einer hundsmiserablen bürgerlich-demokratischen Republik“.<sup>35</sup> Im Namen der „Weltrevolution“ erklärte er den „Kampf auf Leben und Tod“, und sogleich reagierte die im Hintergrund lauernde Revolutionsregierung. Der Rat der Volkskommissare dekretierte die Auflösung der Konstituante. Er ließ die Parlamentarier auf die Straße setzen.

Seit Wochen schon hatte Lenin, der stete Verneiner des Parlamentarismus, seine Genossen auf diesen Coup eingeschworen. Die Kraftprobe war ein untrügliches Zeichen, daß die bürgerlich-demokratische Revolution nun endigen und die sozialistische Revolution tatsächlich beginnen sollte. Der Kommentar Lenins lautete: „[...] Der Krieg und die durch ihn verursachten unerhörten Leiden der erschöpften Völker haben den Boden für das Aufflammen der sozialen Revolution bereitet.“ Er fügte in rigoroser Entschlossenheit hinzu: „Kein Zweifel, *im Entwicklungsprozeß der Revolution*, der durch die Kraft der Sowjets ausgelöst worden ist, werden alle möglichen Fehler und Mißgriffe vorkommen – aber es ist für niemanden ein Geheimnis, daß jede revolutionäre Bewegung stets unvermeidlich von vorübergehenden Erscheinungen des Chaos, der Zerrüttung und Unordnung begleitet ist. [...] Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst, die revolutionäre Sowjetrepublik aber wird triumphieren, koste es, was es wolle.“<sup>36</sup> Wir registrieren den Willen zum äußersten Risiko. Was aber ebenfalls interessieren sollte, ist die Tatsache, daß Lenins Kommentar allen späteren Deutungen widerspricht, die auf den Akt bloßer Machteroberung eingeschworen scheinen, indem sie den Sieg der sozialistischen Revolution auf den Oktober 1917 und den Januar 1918 datieren. Lenin selbst sah sich und seine Partei noch immer „im Entwicklungsprozeß der Revolution“.

## 6. Bürgerkrieg und offener Schluß

Es sei die Frage gestellt: Wann und womit endete die Russische Revolution? Das könnte helfen, der schönfärbenden Schreibweise entgegen zu wirken, die den Bürgerkrieg aus der Revolution herausnimmt und ausschließlich auf dem Schuldkonto der verschiedenen Widerständler gegen die bolschewistische Staatsmacht verrechnet. Solches geschieht durch die Behauptung der völligen „Interessengleichheit zwischen Bolschewiki und Volk“ sowie die Legende

35 Stenographische Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung, 5./6. (18./19.) Januar 1918, abgedr. in: Die Russische Revolution, S. 407 ff.

36 Lenin, Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 6. (19.) Januar 1918, in: Werke, Bd. 26, S. 437 ff. (Hervorh. – HB).

von der „unblutigsten Revolution der Geschichte“. In Wirklichkeit waren die mörderischen Konflikte des Bürgerkrieges, der nicht zuletzt durch den Interessenwiderspruch zwischen Bolschewiki und sozialen Schichten der Bauern ausbrach, ein immanenter Bestandteil der Revolution.

Die Umwälzung unter der Losung „Der Boden den Bauern!“ hatte die lokalen Herrschaften der Gutsbesitzer hinweggefegt. Doch die Differenzierung zwischen grundbesitzenden Bauern und Dorfarmut war geblieben – und eben diese verschärfte sich infolge der bolschewistischen Agrardekrete im Sommer 1918 zur gewaltsamen Auseinandersetzung. Die Großbauern, die in vielen Dorfsowjets das Sagen hatten, wurden im europäischen Rußland dem Angriff von 122.664 amtlich geförderten „Komitees der Dorfarmut“ ausgesetzt, wodurch sie am Ende 50 Millionen Hektar Land von 80 Millionen einbüßten. Lenin bezeichnete „unseren Krieg gegen die Kulaken“ als einen „heiligen Krieg“, womit man allerdings in „eine Periode neuer Verheerungen“, eine „der schwersten Perioden der Revolution“ eintrete.<sup>37</sup> Maxim Gorki dagegen hatte die Lenin-Partei schon seit Monaten kritisiert, weil sie die anarchischen und destruktiven Kräfte der Bauern mobilisiere: „Das ist ein russischer Aufstand ohne Sozialisten im eigentlichen Sinne und ohne sozialistische Geisteshaltung“.<sup>38</sup> Diese erste „Entkulakisierung“ führte zur Stärkung der Mittelbauern, soweit sie sich mit der neuen Macht verbanden, und zu sehr vielen Kleinbauernstellen – jedoch nicht zu sozialistischen Wirtschaftsbetrieben.

Im dreijährigen Bürgerkrieg und zudem im Verteidigungskrieg gegen die Interventionstruppen aus 14 kapitalistischen Ländern behauptete sich die Sowjetmacht. Damit rückte ein Staat in die Weltgeschichte ein, der weder vom halbfeudalen Zarismus noch von der kapitalistischen Bourgeoisie beherrscht wurde. Die Sowjetmacht übersprang die in der bisherigen Staatengeschichte erfahrenen, auf Feudalismus und Absolutismus folgenden bürgerlichen Herrschaftssysteme – so den Bonapartismus oder die liberal-konstitutionelle Monarchie oder die demokratisch-parlamentarische Republik. Doch als schwere Hypothek offenbarte sich der Irrtum Lenins, der mit Berufung auf „wissenschaftliche Voraussicht“ behauptet hatte, daß „die sozi-

37 Derselbe, Referat über den Kampf gegen die Hungersnot. 4. Juni 1918, ebenda, Bd. 27, S. 434, 437. R. A. Medwedew spricht in diesem Zusammenhang von der Komplizierung der Revolution und dem Schuldanteil des von Lenin geleiteten neuen Regimes: 80 Jahre Russische Revolution, in: Die Russische Revolution, S. 42 ff.

38 Maxim Gorki in „Nowaja Shisn“ vom 7. Dezember 1917; zit. n. Michael Wegner, Maxim Gorki versus Wladimir Lenin. Ein zeitgenössischer Kritiker der Russischen Revolution, in: Der Widerschein der Russischen Revolution, S. 87.

alistische Revolution in Europa kommen“ müsse, sich daher „alle unsere Hoffnungen auf den *endgültigen Sieg* des Sozialismus“ gründen könnten.<sup>39</sup> In den Kriegsverliererstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn stürzten die kaiserlichen Regime, scheiterten aber alle Bemühungen für eine proletarische Revolution. Bei den bürgerlichen Siegermächten Frankreich, Großbritannien, den USA fand nicht einmal ein revolutionärer Versuch statt. Die „Weltrevolution“ ließ auf sich warten. Rußland blieb isoliert in der Umzingelung von kapitalistischen Staaten. Die unbequemen Warnungen der Bolschewiki Kamenew und Sinowjew, des Menschewiken Plechanow und vieler anderer hatten sich als berechtigt erwiesen.

Was den Krieg zur Verteidigung des revolutionären Staates betrifft, so schwanken die Urteile zwischen tatsächlichem „Heroismus“ und dem von Isaak Babel hinterlassenen Zeugnis einer „erlebten Hölle und endlosen Totenmesse“<sup>40</sup>. Daß die bewaffnete Konterrevolution der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, der Widerstand der als „Kulaken“ verteufelten Großbauern und überdies die Angriffe der ausländischen Interventionskorps nicht mit Friedenssprüchen zu bannen waren, also wiederum Krieg erforderten, war eine Zwangslage, die die Bolschewiki mit den früheren bürgerlichen Revolutionen der Niederländer, Engländer, US-Amerikaner und Franzosen teilten. Jedoch geschahen maßlose Verletzungen der human-sozialistischen Befreiungsethik gegenüber der eigenen Bevölkerung überall dort, wo Zwang statt Überzeugung regierte. Abneigung wurde durch martialische Niederwerfung, Widerstand durch oft überzogene Gegengewalt gebrochen. Dabei waren die Millionenmassen des bäuerlichen Volkes, auf dessen Rücken sich die konträren Militärgewalten austobten, eigentlich keine Regimefeinde. Weil aber Armee und Städte, die Zentren der Revolution, im Würgering der Konterrevolution zu verhungern drohten, dekretierte die bolschewistische Führung nicht bloß den „Kriegskommunismus“. Ihre Truppen zogen in die Dörfer, requirierten Lebensmittel und Vieh, raubten Saatgut, brachen Proteste und Gegenwehr mit Waffengewalt. Indem sie die schwer vermeidliche Praxis der Jakobiner von 1793 wiederholten, erzeugten sie selbst die „Vendée“, in der sich die wirkliche Konterrevolution durch zahlreiche Bauernrevolten potenzierte. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, von Belorussland bis Ostsibirien wurde gebrandschatzt, getötet, verhungert, an Seuchen krepirt. Man schätzt die Toten auf etwa 13 Millionen. Allein durch die Hungersnot, die 1921

39 Lenin, Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens. 7. (20.) Januar 1918, in: Werke, Bd. 26, S. 443 f.

40 Isaak Babel, Die Reiterarmee. Mit Dokumenten und Aufsätzen im Anhang, Leipzig 1968.

in den Gebieten der Wolga grassierte, sollen fünf Millionen Menschen gestorben sein.<sup>41</sup> – Die Schrecken des Bürgerkrieges, seit dem Streit um die „April-Thesen“ immer wieder warnend beschworen, waren also gekommen. Wenn Lenin mit allen seinen „Berufsrevolutionären“, die sich zu Militärs und Staatsfunktionären wandelten, auch nicht einseitige Schuld trugen – sie hatten das Risiko gewagt und die Mahnungen in den Wind geschlagen. Einmal im Mahlstrom des Krieges befindlich, vermochten sie ihre eroberte Macht ohne Zwang und Terror nicht zu verteidigen.

Auf der Waagschale dieser Revolutionsgeschichte lasten noch weitere schwere Gewichte. Abgesehen vom modernen Guerillakrieg sind große Kriege ohne Konzentration der militärischen Kommandogewalten und Zentralisation des Staatsapparats kaum zu gewinnen. Was in Lenins Parteikonzept schon weit früher an Zentralismus, Machtwillen und Disziplinierung angelegt war, realisierte sich in den bedrohlichen Situationen des bolschewistischen Staates und gebar ein durchaus negatives Kriegsergebnis: die Unterwerfung selbständiger Regungen des werktätigen Volkes, die tatsächliche und hinfort bleibende Abschaffung der demokratischen Errungenschaften der Februarrevolution. Nicht genug, daß bürgerliche Parteien unterdrückt, staatliche Gewaltenteilung, Pressefreiheit, Wahlen und Parlamentarismus verworfen wurden. In den Verbotspraktiken gegen Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten, Internationalisten, Linke Sozialrevolutionäre und dem immerwährend feindlichen Argwohn gegen die Menschewiki offenbarte sich die Tendenz zum Ein-Partei-Regime, zur Liquidation aller Organisationsformen von demokratischer Eigenständigkeit und Kritik. Den Schlußpunkt setzte die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands, der unter der Losung „Sowjets ohne Kommunisten!“ erfolgte. Der Bürgerkrieg endete 1921 mit der politischen Entmündigung der lokalen und regionalen Sowjets, der Arbeiter- und Bauernkomitees, der Gewerkschaften, sogar der Opposition in den eigenen Reihen der bolschewistischen Partei. Der Staatstitel „Sowjet-Republik“ gebrauchte zwar den Namen der ursprünglichen Basisdemokratie, die 1917 als „Revolution von unten“ den Volkswillen gegen Zarismus und bürgerliche Regierung verkörpert hatte. Doch die basisdemokratischen Institutionen waren von den Bolschewiki gleichgeschaltet, wenn nicht bereits zerschlagen worden.

---

41 Wolfgang Ruge, *Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte*, Berlin 1991, insbes. Sprungbrett Gewalt, S. 44 ff.

Abschließend sei an die soziale Charakterisierung des Februarumsturzes erinnert, die der Volkssozialist Mjakotin im Frühjahr 1917 gegeben hatte. Was war im Verlauf der Russischen Revolution aus den damals genannten Klassen und Schichten geworden? - Die zaristische Aristokratie und die Gutsbesitzerkaste waren aus Staat und Gesellschaft verschwunden. Die an Zahl geringe Bourgeoisie entkam entweder ins Ausland oder verbarg sich unter Preisgabe ihres Klassencharakters als Angestellte und Spezialisten in den neuen politisch-sozialen Strukturen. Das von Mjakotin nicht erwähnte Kleinbürgertum der Handwerker, Händler, sonstigen Gewerbetreibenden, das in der bürgerlichen Gesellschaft schon immer zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sozialem Auf- oder Abstieg lebte, vegetierte in Klein- und Kleinstgewerbe, den Abgründen des Schwarzhandels und des Ruins. Allein die Arbeiterklasse hatte Losung und Verheißung des Sozialismus in sich aufgenommen. Sie hatte in den Stoßbrigaden der Roten Armee gekämpft und geblutet, war aber durch Waffengewalt, Hunger, Zerstörung der industriellen Lebensbasis ungemein dezimiert. Aufschlußreich, was Lenin über die aktuelle Lage der „führenden Klasse“ im Umbruch zum Sozialismus eingestand: „Soweit die kapitalistische Großindustrie zerstört ist, soweit die Fabriken und Werke stillgelegt sind, ist das Proletariat verschwunden. Es wurde manchmal der Form nach als Proletariat gerechnet, aber es hatte keine ökonomischen Wurzeln.“<sup>42</sup> Die Intelligenz, die sich anfangs für eine Erneuerung Rußlands begeisterte, war seit Oktoberumsturz und Bürgerkrieg von Skrupeln geplagt, so daß viele, die sich nicht anpassen mochten, ebenfalls in die bürgerlich-demokratischen Länder des Westens emigrierten. Ein Beispiel ist Gorki, der die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution nicht erkennen konnte, daher die Machteroberung der Bolschewiki ablehnte: Was sie wagten, sei ein „grausames wissenschaftliches Experiment am lebenden Körper Rußlands“, wobei vor allem das junge Proletariat als Material für den Versuch der „Weltrevolution“ mißbraucht werde.<sup>43</sup>

Auf der niederen Stufe sozialer Entwicklung in Russland hatte sich nicht der Sturz einer modernen Bourgeoisie, sondern die Agrarfrage als entscheidend für Ausmaß und Grenzen der Revolution erwiesen. Es überlebten viele Millionen der Landbevölkerung. Die Massenunruhen unter der Losung „Der Boden den Bauern!“, von den Bolschewiki aufgegriffen und in Gesetze über-

42 Lenin, Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, in: Werke, Bd. 33, S. 46.

43 Gorki, Unzeitgemäße Gedanken, zit. n. Wegener, Maxim Gorki versus Wladimir Lenin, in: Der Widerschein der Russischen Revolution, S. 86.



führt, hatten den Gutsbesitz liquidiert, das Eigentum der als „Kulaken“ verurteilten Großbauern radikal eingeschränkt, die Mittelbauern gestärkt und vor allem eine Unmenge von Zwergwirtschaften hervorgebracht. Jedoch die bolschewistische „Expropriation der Expropriateure“ hatte nicht bewirkt, daß der konfiszierte Grundbesitz in prosperierende Bauernhöfe, geschweige denn genossenschaftliche Musterwirtschaften verwandelt wurde. Neben den weiteren Bedenklichkeiten in Rosa Luxemburgs berühmter Gefängnisschrift hatte dieser Umstand (trotz politischer Sympathie für die Oktoberrevolutionäre) schon früh zur Kritik gereicht.<sup>44</sup> Statt strategischer Agrarpolitik des Sozialismus praktizierten die Bolschewiki in ihrer Notlage den „Kriegskommunismus“ und den „Roten Terror“ zwecks Sicherung eines nur spärlichen Lebensunterhalts. Es war ein Verfahren, das den Namen der Gesellschaftspolitik nicht verdiente und nach dem Sieg über die Interventen unmöglich fortgesetzt werden konnte. Vor dem Hintergrund des ausgebluteten Landes und der noch immer flammenden Bauernaufstände dekretierten die Bolschewiki auf Vorschlag Lenins im Frühjahr 1921 die „Neue Ökonomische Politik“. Sie betitelten diese keineswegs als „Sozialismus“, sondern sehr einschränkend als „Staatskapitalismus“. Aber sie wagten zur selben Zeit noch einmal einen Versuch zur „Weltrevolution“: Mit Hilfe der Kommunistischen Internationale wurden proletarische Märzunruhen in Mitteldeutschland angeheizt, die gänzlich mißlingen und die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands schwer schädigten.<sup>45</sup>

So bleiben am Ende der historischen Tragödie mindestens zwei polemische Feststellungen. *Erstens* sollte die Erfahrung unvergessen bleiben, daß ein Weltkrieg kapitalistischer Staaten die latente Krise Rußlands vertiefte, die Revolution auslöste und daß eben diese Staaten der jungen Sowjetmacht den erbittertsten Widerstand entgegensetzten. Zuerst das Kaiserreich Deutschland, dann die Ententemächte England und Frankreich, schließlich auch Japan, das neukonstituierte Polen und weitere Staaten richteten die aggressive Gewaltlogik des Weltkrieges gegen den historischen Versuch jenes Staates, der eine antikapitalistische Alternative sein wollte.

*Zweitens* aber erstand und siegte damals kein Sozialismus. Was mit der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 begonnen hatte, endete

44 Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 342 ff.

45 Paul Levi, Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin 1921; Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Republik, Berlin 1999, S. 36 ff.

genau vier Jahre später mit der „Neuen Ökonomischen Politik“, dem von den Bolschewiki reglementierten „Staatskapitalismus“. Dieses einstweilige Ergebnis der Russischen Revolution rechtfertigt nicht den zweifelhaften Titel der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“. <sup>46</sup> Das Verhältnis zwischen der ideologischen Begriffsbildung und der weit komplizierteren Realität der Geschichte muß im Traditionsverständnis der Sozialisten geprüft und präzisiert werden. Selbst Lenin, der dominante Charakter und höchst problematische Antreiber der Russischen Revolution, besann sich seit dem Beginn der NÖP auf eigene Fehleinschätzungen – zumal die von 1918: „Wir nahmen an, [...] daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten.“ <sup>47</sup> Er suchte die revolutionären Übertreibungen zu rechtfertigen, hinsichtlich ihrer historischen Funktion aber auch zu begreifen. So schrieb er an W. W. Adoratski: „[...] Könnten Sie mir nicht behilflich sein, [...] den Artikel (oder die Stelle aus einer Broschüre? Oder den Brief?) von Engels [zu finden], in dem er, gestützt auf die Erfahrungen von 1648 und 1789, davon spricht, daß es anscheinend ein Gesetz gibt, das von der Revolution fordert, *über das hinauszugehen, was sie bewältigen kann*, um weniger bedeutende Umgestaltungen zu festigen?“ <sup>48</sup> Es war die bürgerlich-demokratische Revolution, die in Rußland durchgesetzt wurde – allerdings ohne die Verfassungsrechte und die Institutionen bürgerlicher Demokratie. Was hingegen die bolschewistische Partei und den Staat betraf, die sich in ihrer revolutionären Rhetorik andauernd als die Macht des Proletariats bezeichneten, während ihr Werdegang offenbar unaufhaltsam zum nachrevolutionären Bonapartismus tendierte, so bescheinigte ihnen der todkranke Führer in seiner letzten harschen Kritik, daß sie ein Herd des Bürokratismus, aber „nicht sozialistisch“ seien. <sup>49</sup>

### Nachbemerkung

In den bürgerlichen Revolutionen Europas, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts geschehen waren, erkannte Friedrich Engels, daß diese „bedeutend über das Ziel hinausgeführt“ wurden, um objektiv nur Resultate zu sichern, die für

46 Michail Wojekow, Paradox der Russischen Revolution: bürgerlicher Februar und proletarischer Oktober, in: Der Widerstreit der Russischen Revolution, S. 150 ff.; vgl. insbesondere Lenins Reden und Schriften von August 1921 bis März 1923, in: Werke, Bd. 33.

47 Lenin, Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, in: Werke, Bd. 33, S. 38.

48 Lenin an W. W. Adoratski, 20. September 1921, in: Briefe, Bd. VIII, Berlin 1973, S. 215.

49 Derselbe, Lieber weniger, aber besser, in: Werke, Bd. 33, S. 474 ff.

niemand anders als für das Bürgertum „erntereif“ waren. Er vermutete darin „eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft“. Heute, nachdem die Sowjetunion und der staatsmonopolistische Sozialismus in Ost-Mittel-Europa und Asien gescheitert sind, bleibt zu fragen, ob die von Engels beschriebene, von Lenin rezipierte Erfahrung im übertragenen Sinne nicht auch für das ganze 20. Jahrhundert gilt. Gewiß waren die „klassischen“ bürgerlichen Revolutionen schon seit langem nicht wiederholbar. Seit der Insurrektion des Pariser Proletariats im Juni 1848 und zumal der Pariser Kommune von 1871 wurden die Revolutionen durch Bedürfnis und Kampf der arbeitenden Klassen über die Interessen der Bourgeoisie hinausgetrieben: tendierend zu sozialistischen Lösungen. Doch zuletzt siegten und profitierten stets jene Schichten der Bourgeoisie, die den gegebenen Zeitverhältnissen entsprachen; sie allein festigten ihre politische und ökonomische Macht. Man könnte aus diesen Tatsachen einen historischen Analogieschluß ziehen.

Am Beginn des Ersten Weltkrieges war Rußland noch ein halbfeudales, absolutistisch regiertes Land – heute hingegen existiert dort ein Kapitalismus in spezifisch russischen Entwicklungsformen. Was ist geschehen? Die bürgerlich-demokratische Februarrevolution von 1917 eröffnete eine Umwälzung des Staates und der Gesellschaft, die aber erst durch den Oktoberaufstand und die frühe Sowjetregierung irreversibel wurde. Dabei trieben die Bolschewiki, die unter noch anderen sozialistisch gesinnten Zeitgenossen die „äußerste Linke“ waren, die Revolution über ihre bürgerlich-demokratischen Anfänge hinaus, indem sie sich selbst und die weitere Entwicklung als „sozialistisch“ auffaßten. Sie entfachten das Fanal einer sozialen Revolution, das in weiteren Völkern ebenfalls zum Versuch einer sozialistischen Gesellschaft, mehr noch zum Kampf für nationale Unabhängigkeit von kapitalistischen Kolonialmächten und gegen den von Deutschland angeführten Block des Faschismus zündete. Jedoch – mit dem Zerfall der Sowjetunion rückte zuletzt eine Bourgeoisie an die Macht, die ausgerechnet aus den staatsmonopolistischen Strukturen des vermeintlichen Sozialismus hervorkam – insbesondere aus der Nomenklatura der alten Staatspartei und des Komsomol. Der Vorgang ist von Helmut Steiner in der Leibniz-Sozietät durch Wort und Schrift bewiesen worden.<sup>50</sup>

Gemessen an den aktuellen Tatsachen wäre zu sagen: Durch ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, rigide Industrialisierung und Agrarrevolution hat der von Lenin inaugurierte, von Stalin durchgepeitschte und vorzeitige

---

50 Helmut Steiner, Die Herausbildung neuer Sozialstrukturen im gegenwärtigen Russland, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 41, Jg. 2000, Heft 6, S. 5 ff.

„Sozialismus“ soziale, technologische, infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen, worüber die neue Bourgeoisie in Rußland und weiteren Ländern heute verfügt. Für jeden, der den „Roten Oktober“ als seine politische Geburtsurkunde begriff, muß ein solches Ergebnis enttäuschend sein. Und doch scheint jetzt die Einsicht veranlaßt: Trotz aller Mühen und Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung und Krieg – setzt man den Terminus „Revolution“ nicht für temporäre Versuche, sondern universal, d. h. streng welthistorisch, so bezeichnet er in der ganzen Geschichte der Neuzeit bislang ausschließlich *bürgerliche, den Kapitalismus begünstigende Endresultate*. Die Jahrhundertwende 2000 gewährt der Menschheit keine sozial gerechte Arbeits- und Lebenswelt, zudem keinen Frieden. Vielmehr grassieren die Ansprüche des Großkapitals auf globalistische Weltherrschaft. In solchen Verhältnissen wurzeln aber auch die überdauernden Ansprüche der lasttragenden, bedürftigen Menschheit. Darin mag die Tragödie der Russischen Revolution aufgehoben sein: als Erinnerung und Mahnung eines verzweifelten Versuches sozialer Befreiung in den verheerenden Kriegen des 20. Jahrhunderts.

Unter philosophischem Aspekt hat Wolfgang Eichhorn kürzlich geschrieben, daß vergangene Begebenheiten und Aktivitäten hinsichtlich ihrer historischen Bedeutung durch „Unbestimmtheit und Unschärfen“ gekennzeichnet seien, die „als Möglichkeitsfelder“ interpretiert werden könnten.<sup>51</sup> Wohlan: Um konkrete Geschichte gedanklich zu fassen, ist es erforderlich, auch „in Möglichkeiten zu denken“.

---

51 Wolfgang Eichhorn, Geschichte – gibt es das wirklich?, in: Berichte, 11. Jg., Nr. 102 (Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e. V.), S. 76 ff. (Hervorhg. – HB).